



# **BUNDESGERICHTSHOF**

## **BESCHLUSS**

V ZB 65/09

vom

22. Oktober 2009

in dem Zwangsversteigerungsverfahren

zur Aufhebung der Gemeinschaft

Der V. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat am 22. Oktober 2009 durch den Vorsitzenden Richter Prof. Dr. Krüger, den Richter Dr. Klein, die Richterin Dr. Stresemann und die Richter Dr. Czub und Dr. Roth

beschlossen:

Die Rechtsbeschwerde gegen den Beschluss der 5. Zivilkammer des Landgerichts Potsdam vom 17. März 2009 wird auf Kosten des Antragsgegners zurückgewiesen.

Der Gegenstandswert des Rechtsbeschwerdeverfahrens beträgt 10.800 €.

Gründe:

I.

- 1 Auf Antrag des Beteiligten zu 2 wurde im März 2007 die Zwangsversteigerung des im Eingang dieses Beschlusses bezeichneten Grundstücks zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft angeordnet.
- 2 Das im Auftrag des Vollstreckungsgerichts erstellte Verkehrswertgutachten wurde den Beteiligten im Januar 2008 zur Kenntnis gegeben. Der Antragsgegner erhob Einwendungen im Wesentlichen dahin, dass die Außenanlagen, insbesondere die von ihm angepflanzten Gehölz- und Staudensammlungen, in dem Gutachten nicht ausreichend berücksichtigt worden seien.
- 3 Im Wege der Erinnerung hat der Antragsgegner beantragt, eine gutachterliche Wertfeststellung des Aufwuchses auf dem Grundstück zu veranlassen.

Gegen den zurückweisenden Beschluss des Vollstreckungsgerichts hat er sofortige Beschwerde eingelegt, die ohne Erfolg geblieben ist. Mit der zugelassenen Rechtsbeschwerde verfolgt der Antragsgegner seinen Antrag weiter.

## II.

4 Das Beschwerdegericht hält die Beschwerde für nicht statthaft. Gemäß § 95 ZVG könne gegen eine Entscheidung, die vor der Beschlussfassung über den Zuschlag erfolge, die sofortige Beschwerde nur eingelegt werden, soweit die Entscheidung die Anordnung, Aufhebung, einstweilige Einstellung oder Fortsetzung des Verfahrens betreffe. Um eine derartige Entscheidung handle es sich bei dem Beschluss des Vollstreckungsgerichts nicht. Im Rahmen der Verkehrswertfestsetzung sei erst der Festsetzungsbeschluss mit der sofortigen Beschwerde anfechtbar.

## III.

5 1. Die Rechtsbeschwerde ist aufgrund der das Rechtsbeschwerdegericht bindenden Zulassung durch das Beschwerdegericht statthaft (§ 574 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2, Abs. 3 Satz 2 ZPO) und auch im Übrigen zulässig. Die Verfahrensweise des Beschwerdegerichts gibt allerdings Anlass zu dem Hinweis, dass die Rechtsbeschwerde nicht auf Antrag eines Beteiligten, sondern nur dann zuzulassen ist, wenn die Sache grundsätzliche Bedeutung hat oder die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Rechtsbeschwerdegerichts erfordert (§ 574 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Abs. 2 ZPO).

6           2. In der Sache bleibt die Rechtsbeschwerde ohne Erfolg. Das Be-  
schwerdegericht nimmt zutreffend an, dass die sofortige Beschwerde des An-  
tragsgegners nicht statthaft ist.

7           Im Zwangsversteigerungsverfahren sind grundsätzlich nur die in § 95  
ZVG genannten Entscheidungen mit der sofortigen Beschwerde selbständig  
anfechtbar. Eine solche liegt hier nicht vor, insbesondere betrifft die Zurückwei-  
sung des Antrags, den Aufwuchs auf dem Grundstück gesondert bewerten zu  
lassen, entgegen der Auffassung der Rechtsbeschwerde nicht die Fortsetzung  
des Verfahrens. Diese ist nur dann Beschlussgegenstand, wenn ein eingestell-  
tes oder aufgehobenes Zwangsversteigerungsverfahren fortgeführt werden soll.

8           Die sofortige Beschwerde ist auch nicht deshalb statthaft, weil das Ver-  
fahren der Wertfestsetzung mit einem eigenen Rechtszug ausgestattet ist. In  
diesem Rahmen kann nur der - hier noch nicht ergangene - Beschluss über die  
Festsetzung des Grundstückswerts angefochten werden (§ 74a Abs. 5 Satz 3  
ZVG); Entscheidungen des Gerichts, die in Vorbereitung der Wertfestsetzung  
ergehen, sind dagegen nicht selbständig anfechtbar. Etwas anderes folgt nicht  
aus der Erwägung der Rechtsbeschwerde, mit Rücksicht darauf, dass der Ver-  
steigerungstermin schon vor der Rechtskraft des Wertfestsetzungsbeschlusses  
durchgeführt werden könne, müssten diesem Beschluss vorausgehende Ent-  
scheidungen des Vollstreckungsgerichts mit der sofortigen Beschwerde an-  
fechtbar sein, weil nur so eine Terminsbestimmung (vgl. § 38 Abs. 1 Satz 1  
ZVG) und damit der Fortgang des Verfahrens auf der Grundlage einer unzutref-  
fenden Wertfestsetzung verhindert werden könne. Dass der Versteigerungster-  
min ungeachtet einer anhängigen sofortigen Beschwerde gegen die Wertfest-  
setzung anberaumt und durchgeführt werden kann, dient der gebotenen Verfah-  
rensbeschleunigung. Die Rechte der Beteiligten werden dadurch gewahrt, dass  
die Entscheidung über den Zuschlag erst nach der formellen Rechtskraft des

Festsetzungsbeschlusses getroffen werden darf (Senat, Beschl. v. 19. Juni 2008, V ZB 129/07, NJW-RR 2008, 1741, 1742).

IV.

- 9 Die Kostenentscheidung folgt aus der Vorschrift des § 97 Abs. 1 ZPO, die wegen der Nähe des Teilungsversteigerungsverfahrens zum kontradiktorischen Verfahren anzuwenden ist (vgl. Senat, Beschl. v. 22. März 2007, V ZB 152/06, NJW 2007, 3430, 3432 m.w.N.).

Krüger

Klein

Stresemann

Czub

Roth

Vorinstanzen:

AG Potsdam, Entscheidung vom 13.09.2008 - 2 K 109/07 -

LG Potsdam, Entscheidung vom 17.03.2009 - 5 T 734/08 -